

Nahostpolitik

Michael L. Bauer/Simon Hartmann

Der Nahe Osten ist weiterhin von politischer Instabilität und bewaffneten Konflikten gekennzeichnet. Die Möglichkeiten der Europäer, hier konstruktiv zur Bearbeitung der komplexen Problemlagen beizutragen, erweisen sich als beschränkt. Russland hat sich als zentraler Akteur im regionalen Konfliktkontext etabliert, die US-Politik ist lediglich in ihrer Strategie des „maximalen Drucks“ auf Iran konsequent und stellt sich ansonsten als erratisch dar. Erschwerend kommt hinzu, dass innereuropäische Uneinigkeit – etwa zwischen Italien und Frankreich mit Blick auf Libyen und zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich mit Blick auf den Persischen Golf – den Einfluss Europas noch weiter schwächt. Es steht zu befürchten, dass diese innereuropäischen Divergenzen im Zuge der Verhandlungen über den EU-Austritt unter dem neuen britischen Premierminister Boris Johnson sowie im Kontext des Erstarkens populistischer Parteien in Europa – in Italien etwa in Regierungsverantwortung – sich weiter verstärken werden.

Strategische Änderungen in Syrien

Eine zentrale Herausforderung für die europäische Nahostpolitik bleibt der Bürgerkrieg in Syrien, der weiterhin mit großer Härte geführt wird. Allerdings haben sich die strategischen Rahmenbedingungen im vergangenen Jahr entscheidend geändert.

Zum einen sind die letzten territorialen Stellungen des so genannten Islamischen Staates (auch bekannt als „Daesh“) gefallen. Parallel zueinander vertrieb zunächst die syrische Armee im Dezember 2018 die islamistische Miliz aus der Wüste um das Al-Safa Plateau, bis März 2019 nahmen die kurdischen „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG) gestützt durch US-geführte Luftschläge die Region um Baghuz im mittleren Euphrattal ein. Diesen Erfolg nahm US-Präsident Donald Trump zum Anlass, um Daesh für besiegt zu erklären und einen schnellen Truppenabzug anzukündigen.¹ Ein von Daesh veröffentlichtes Video, das erstmals seit einigen Jahren den Daesh-Führer Abu Bakr al-Baghdadi zeigt, bestätigte hingegen erneut, dass die Terrororganisation weiterhin über eine intakte Kommandospitze verfügt und auch künftig in der Lage sein wird, Anschläge zu begehen.²

Zum anderen konnte das Regime des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad strategische Kämpfe für sich entscheiden. Nach wichtigen Siegen in Ghouta, Homs und im Norden des Landes rückte die syrische Armee auf die letzte formelle „Deeskalationszone“ Idlib vor. Eine humanitäre Katastrophe in der Region, in der sich drei Millionen Zivilisten aufhalten sollen, wurde auf die Initiative von Russland und der Türkei vorläufig verhindert, indem sie sich mit den örtlichen Milizen und dem Assad-Regime auf eine

1 Zeit Online: USA ziehen Truppen aus Syrien ab, 19.12.2018.

2 Colin Clarke: The Post-Caliphate Caliph, in: Foreign Policy, 29.4.2019.

Demilitarisierung des Frontgebietes verständigten.³ Trotz anfänglicher Erfolge setzt die syrische Armee seit April 2019 gemeinsam mit russischer Luftunterstützung die Operation „Idlib-Dämmerung“ fort, auch weil es der Türkei nicht gelungen war, einzelne islamistische Milizen aus der demilitarisieren Zone zu entfernen. Erschwerend kam hinzu, dass die Nachfolgeorganisation der mit al-Qaeda assoziierten Jabat-al-Nusra-Front, „Hayat Tahrir al Sham“, Anfang 2019 weite Teile Idlibs unter ihre Kontrolle bringen konnte.

Im Norden Syriens kam es zudem zu einer diplomatischen Verstimmung zwischen den NATO-Partnern Türkei und den Vereinigten Staaten von Amerika um die Rolle der kurdischen YPG, die die Türkei als Ableger der Terrororganisation „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) betrachtet, von den Vereinigten Staaten jedoch als bevorzugter Bündnispartner am Boden gesehen wird. Der Ankündigung des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, die Stadt Manbidsch, in der YPG und US-amerikanische Truppen gemeinsam stationiert sind, anzugreifen, kam Präsident Trump zuvor, indem er den Abzug aller US-Kräfte in Aussicht stellte. Auf der anderen Seite scheint sich die YPG seitdem um punktuelle Bündnisse mit der syrischen Armee zu bemühen, die sie bisher ebenso mit großer Härte bekämpft hatte.⁴

Während Assad von Sieg zu Sieg laufen konnte, verharrten alle internationalen Friedensbemühungen im Stillstand. Nach vier Jahren vergeblichen Mühen trat zur Jahreswende der bisherige Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen für Syrien Staffan de Mistura für seinen Nachfolger Geir Pedersen ab. Der frühere norwegische Diplomat unternahm bisher keinen neuen Anlauf für die Genfer Friedensverhandlungen, gleichermaßen blieben Bemühungen der Konferenzformate in Astana oder Sotschi aus. Einzig die Europäische Union richtete im März 2019 die dritte Runde ihres „Brüssel-Prozesses“ aus. Auf der Konferenz, an der Vertreter von 77 Staaten und internationalen Organisationen teilnahmen, wurden Hilfgelder in Höhe von 6,2 Mrd. Euro zugesagt, die hauptsächlich den Anrainerstaaten und Hilfsorganisationen für die humanitäre Versorgung von Geflüchteten zu Gute kommen sollen.⁵ Über diese diplomatischen Initiativen hinaus zeigte sich die Europäische Union erneut unfähig, im Syrienkonflikt wichtige Impulse für das Ende der Kampfhandlungen zu setzen. Aufbauhilfen für Syrien sind weiterhin an einen politischen Prozess geknüpft, der jedoch aufgrund der derzeitigen Lage nicht zu erwarten ist.

Kushnerplan zu Israel-Palästina blieb unkonkret

Die Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts im Rahmen der Zwei-Staaten-Lösung ist weiterhin ein maßgebliches Ziel der europäischen Nahostpolitik. Mit Blick auf die aktuellen politischen Entwicklungen erscheint dieser Ansatz zwar kaum mehr praktikabel – Alternativen bleiben bisher jedoch weitgehend unkonkret.

Zur Mitte des Jahres 2019 zeichnete sich der neue Friedensplan der US-Administration für die Region ab. Im Juni stellte Jared Kushner, Sonderbeauftragter des Präsidenten und Schwiegersohn Donald Trumps, den ersten Teil seines so genannten „Jahrhun-

3 Christoph Reuter/Christoph Sydow: Warum Moskau über das Schicksal Idlibs entscheidet, in: Spiegel Online, 7.9.2018.

4 Kristin Helberg: Assad ist der lachende Dritte, in: Zeit Online, 13.1.2019.

5 Rat der Europäischen Union: Supporting the future of Syria and the region. Brussels III conference, 14.3.2019, abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/international-ministerial-meetings/2019/03/12-14/> (letzter Zugriff: 27.8.2019).

dertdeals“ vor, der für die palästinensischen Gebiete nach einem Friedensschluss Investitionen in Höhe von 50 Mrd. US-Dollar über zehn Jahre verspricht. Der mit Spannung erwartete Plan enttäuschte Beobachter jedoch, vor allem weil Kushner die politischen Grundsätze auf einen späteren Zeitpunkt verschob und dadurch die Aussicht auf wirtschaftliche Entwicklung höchst fraglich erscheint.⁶ Die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini äußerte dennoch verhaltene Zustimmung zum Kushnerplan: Die Europäische Union sei bereit, die amerikanische Initiative zu unterstützen, sofern sie insgesamt auf die Realisierung der Zwei-Staaten-Lösung zielt.⁷

Schon zuvor hatten die Vereinigten Staaten von Amerika den arabisch-israelischen Konflikt mit weiteren einseitigen Maßnahmen belastet. Nach seiner Entscheidung, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, ging US-Präsident Trump einen Schritt weiter, indem er den Besitzanspruch Israels auf die Golanhöhen formal anerkannte. Die Bergregion an der israelisch-syrischen Grenze, die Israel im Sechstagekrieg von 1967 erobert und 1981 annektiert hatte, war erst im Januar 2019 wieder Schauplatz für militärische Auseinandersetzungen geworden. Einen Raketenangriff der Hisbollah auf die Grenzregion beantwortete Israel mit Luftschlägen gegen Stellungen der libanesischen Miliz und der iranischen Armee unter anderem auf dem internationalen Flughafen von Damaskus.⁸ Der Schritt der Trump-Administration, die Golanhöhen nun Israel zuzubilligen, wird als möglicher Präzedenzfall gewertet, etwa für den Fall, dass Israel versucht sein könnte, Teile des Westjordanlands zu annektieren.⁹ Die Hohe Vertreterin Mogherini bekräftigte erneut, dass die Europäische Union im Einklang mit dem Völkerrecht die Souveränität Israels über die Golanhöhen nicht anerkennt.¹⁰

Golfregion: „Maximaler Druck“, Jemen und Khashoggi

Seit der einseitigen amerikanischen Aufkündigung der internationalen Übereinkunft zur Einstellung des iranischen Atomprogramms (JCPOA) im Austausch für eine Aufhebung der Sanktionen gegen Iran haben die Spannungen zwischen Teheran und Washington erheblich zugenommen. Die USA haben im Rahmen ihrer Strategie des „maximalen Drucks“ umfangreiche Sanktionen gegen Iran verhängt, die sich auch gegen Staaten und Unternehmen richten, die mit dem Iran wirtschaftliche Beziehungen unterhalten.¹¹ Iran hat indes sein Atomprogramm zumindest teilweise wieder aufgenommen und droht dies weiter fortzusetzen.¹²

Aber auch eine unmittelbare militärische Konfrontation ist zu befürchten: Im Persischen Golf kam es wiederholt zu Zwischenfällen, die im Juni 2019 beinahe zu einem militärischen Angriff der Vereinigten Staaten auf Iran geführt hätten, der jedoch im letz-

6 Al Jazeera: Kushner says economic plan is a necessary precondition to peace, 26.6.2019.

7 Raphael Ahren: EU 'ready to work' with US on peace plan, as long as it aims at two states, in: Times of Israel, 19.6.2019.

8 Steven Cook: The Golan Heights Should Stay Israeli Forever, 16.1.2019, in: Foreign Policy, 16.1.2019.

9 Noa Landau: EU States Unanimously Announce – We Do Not Recognize Israeli Sovereignty Over Golan Heights, in: Haaretz, 27.5.2019.

10 Rat der Europäischen Union: Erklärung der Hohen Vertreterin im Namen der EU zu den Golan-Höhen, 27.3.2019, abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/03/27/declaration-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-eu-on-the-golan-heights/> (letzter Zugriff: 5.9.2019).

11 Mathias Brüggemann/Annett Meiritz: Gefährliche Konfrontation. USA verhängen neue Sanktionen gegen Iran, in: Handelsblatt, 8.5.2019.

12 Tagesschau: Iran beginnt mit höherer Anreicherung, 7.7.2019.

ten Moment von US-Präsident Trump gestoppt wurde.¹³ Anfang Juli 2019 setzten britische Spezialeinheiten einen iranischen Tanker vor Gibraltar fest, woraufhin Iran einen britischen Tanker im Persischen Golf festhielt. Seitdem hält die Debatte an, wie die Sicherheit der Seewege in der Region gewährleistet werden kann. Die USA planen hierzu eine Marinemission, der sich das Vereinigte Königreich nach Amtsübernahme des neuen Premierministers Boris Johnson anschloss.¹⁴ Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die Konfrontation durch den Angriff auf wichtige Erdölanlagen in Saudi-Arabien, für die die USA, Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich Iran verantwortlich machen.¹⁵

Auch auf der arabischen Halbinsel spitzt sich die Lage weiter zu. Nicht nur sind die arabischen Golfanrainer von der Auseinandersetzung zwischen den USA und Iran betroffen, der Krieg im Jemen, den eine saudisch-geführte Koalition im Jahr 2015 begann, geht unvermittelt und mit hohen zivilen Opferzahlen weiter. Die Stellung der jemenitischen Houthi-Rebellen, gegen die die militärische Kampagne gerichtet ist, erscheint jedoch gefestigt und innerhalb der saudischen Koalition tun sich Risse auf: Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) – Riads wichtigster Verbündeter in diesem Krieg – begannen Anfang Juli 2019 mit ihrem Rückzug aus dem Jemen. Kurz danach übernahmen mit den VAE verbündete Milizen mit militärischer Gewalt die Kontrolle über die Hafenstadt Aden, die bis dahin von Truppen der mit Saudi-Arabien verbündeten jemenitischen Exilregierung gehalten wurde.¹⁶ Hauptleidtragender des Konflikts ist jedoch die Zivilbevölkerung: Vier von fünf Menschen im Jemen sind auf Nothilfe angewiesen.¹⁷

Neben dem international kritisierten militärischen Vorgehen im Jemen führte auch die Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi in Istanbul durch ein saudisches Mordkommando im Oktober 2018 zu einem dramatischen Ansehensverlust der saudischen Führung.¹⁸

Weiterführende Literatur

Michael Bauer/Almut Möller: Angewandte Politikforschung zur europäischen Nahostpolitik, in: Manuela Glaab/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Angewandte Politikforschung, Wiesbaden 2012, S. 307–317.

Michael Bauer et al.: Antagonismen in der europäischen Nachbarschaft – Die EU, Russland, die Türkei, Iran und Saudi-Arabien ringen um Einfluss in der europäischen Nachbarschaft, Gütersloh 2018.

13 Tagesschau: Iran und USA. Gefährlich nah am Krieg, 21.6.2019.

14 Zeit Online: Großbritannien schließt sich US-Mission im Persischen Golf an, 5.8.2019,

15 Handelsblatt: Deutschland, Frankreich und Großbritannien machen Iran für Angriffe in Saudi-Arabien verantwortlich, 23.9.2019.

16 BBC: Yemen conflict. Southern separatists seize control of Aden, 11.8.2019.

17 Jürgen Stryjak: Der vergessene Krieg, in: Deutschlandfunk, 15.3.2019.

18 Christoph Sydow: Uno-Bericht zum Kashoggi-Mord. „Ist das Opfertier eingetroffen?“, in: Spiegel Online, 19.6.2019.